

4244 i

~~II-1237~~ der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVIII. Gesetzgebungsperiode

BUNDESMINISTERIUM
FÜR

AUSWÄRTIGE ANGELEGENHEITEN

SB: Ges. Dr. W. Ehrlich
Kl. 3680

GZ: 22.05.00/2-II.1/94

Wien, am 7. Jänner 1994

Deutschland; parlamentarische
Anfrage der Abgeordneten Renoldner
und Freundinnen, betreffend
Äußerungen des deutschen
Bundeskanzlers Helmut Kohl über
eine Wehrpflicht österreichischer
Staatsangehöriger bei der deutschen
Bundeswehr

5652/AB

1994-01-31

zu 5745/J

Zu Zl.: 5745/J-NR/93 v. 10. 12. 1993

An den

Herrn Präsidenten des Nationalrates
Dr. Heinz Fischer

Parlament

1017 W i e n

Die Abgeordneten Renoldner und Freundinnen haben unter
ZL. 5745/J-NR/93 vom 3. 12. 1993 eine schriftliche Anfrage
betreffend eine in der Zeitschrift "Der Spiegel" Nr. 47/1993,
Seite 184 wiedergegebene Bemerkung des deutschen Bundeskanzlers
Helmut Kohl an mich gerichtet, welche folgenden Wortlaut hat:

- "1. In welcher Form haben Sie gegenüber der deutschen Bundesregierung den offiziellen Protest der österreichischen Bundesregierung und die Aufforderung nach einer öffentlichen Entschuldigung des deutschen Bundeskanzlers beim österreichischen Volk vorgebracht?
2. Im Falle, daß dies noch nicht geschehen ist: Mit welchen Schritten werden Sie den deutschen Bundeskanzler zu einer Klarstellung drängen?
3. Wie denkt der Außenminister über die Möglichkeit, daß ein deutscher Bundeskanzler direkte oder indirekte Anspielungen auf einen 2. Anschluß Österreichs an Deutschland öffentlich von sich gibt?

- 2 -

4. Wie wird er grundsätzlich auf derartige Vorgangsweisen reagieren, wenn sie künftig eintreten sollten?
5. Wie lautet, sofern sie vorliegt, die Klarstellung bzw. Entschuldigung des deutschen Bundeskanzlers zu den erwähnten Äußerungen?"

Ich beehre mich, diese Anfrage wie folgt zu beantworten:

Ein Vergleich des Artikels im "Spiegel", auf welchen sich die Anfrage der Abgeordneten Renoldner und Freundinnen bezieht, mit dem angeschlossenen Transkript der Pressekonferenz, wo die inkriminierten Äußerungen gefallen sein sollen, zeigt, daß die Erklärung von Bundeskanzler Kohl aus dem Zusammenhang gerissen, abgekürzt und damit deren Inhalt geradezu umgekehrt wurde.

Auf der Pressekonferenz, die aus Anlaß des Sondertreffens des Europäischen Rates am 29. Oktober in Brüssel stattfand, sagte Bundeskanzler Kohl auf die Frage eines (offenbar österreichischen) Journalisten zum Thema "Europäische Sicherheit und Neutralität der EU Beitrittswerber" wörtlich folgendes:

"Der Sprache nach sind Sie ein unmittelbarer Nachbar von uns, auch aus süddeutscher Sicht gesehen. Es gibt auch keinen Unterschied für die Sicherheit in Zukunft zwischen Traunstein, Berchtesgaden und Salzburg, um eine besonders geschätzte Stadt hier zu nennen.

Im übrigen: Wissen Sie, Neutralität - gegen wen eigentlich? Für das, was unter Neutralitätsgesichtspunkten gewachsen ist, was für ein Land wie Österreich große Bedeutung hat, für Schweden auch, vor allem, wenn Sie die geschichtliche Perspektive anwenden, habe ich viel Verständnis. Das war ja eine große Chance für Sie. Das, was Julius Raab und andere damals fertiggebracht haben, ist eine gewaltige Leistung. Aber das war z.Z., wo ich gerade zu studieren angefangen habe. Und jetzt ist eine andere Zeit. Verstehen Sie?

- 3 -

Sie können einem jungen Wehrpflichtigen, weil ich es gerade gesagt habe, in Berchtesgaden nicht klarmachen, daß er in der Bundeswehr dient und andere dienen nicht - jetzt nicht in der Bundeswehr, sonst wird mir wieder Pangermanismus vorgeworfen - , daß eben die vergleichbaren Vorkehrungen zur Sicherung von Frieden und Freiheit unterschiedlich gewährleistet werden".

Daraus ergibt sich, daß von einer Wehrpflicht österreichischer Staatsangehöriger bei der deutschen Bundeswehr oder gar von einem zweiten Anschluß Österreichs nicht die Rede war.

Es bestand somit keine Notwendigkeit, gegenüber der deutschen Bundesregierung irgendwelche Schritte zu setzen oder Klarstellungen zu verlangen.

3. u. 4. Da diese Fragen rein hypothetischen Charakter haben, besteht kein Anlaß, darauf einzugehen.
5. Die Antwort ergibt sich aus der zu Punkt 1. und 2.

Der Bundesminister
für auswärtige Angelegenheiten:

